

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 16 (1936-1937)
Heft: 2

Artikel: Die internationale Lage und die Schweiz
Autor: Grimm, Robert
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-332749>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 11.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

16. JAHRGANG -- OKTOBER 1936 -- HEFT 2

Die internationale Lage und die Schweiz *

Von Robert Grimm.

I.

Noch nie war die internationale Lage so verworren, so unklar, so kompliziert und so unheilschwanger wie in dieser Zeit. Die Ereignisse jagen sich. Jeder Tag projiziert neue Bilder auf die Weltbühne. Die Kristallisationspunkte wechseln. Das Erleben von Jahrhunderten drängt sich in kurzen Spannen zusammen. Ob der Fülle der Tageserscheinungen erinnert man sich kaum der Tatsachen von gestern.

Werfen wir den Blick auf ein paar Hauptdaten.

1933 kommt Hitler zur Macht. Dollfus liefert ein Jahr später seine Massenschlächterei in Oesterreich. 1935 sieht den italienischen Raubkrieg in Abessinien und erlebt den Beginn der Sanktionen. 1936 überschlagen sich die Ereignisse. Im Mittelpunkt steht der spanische Bürgerkrieg, der sowohl die ihm in Spanien selbst vorausgehende Entwicklung als die geschichtlichen Ereignisse in Europa überschattet.

Dem Bürgerkrieg ist 1931 die Wandlung der spanischen Monarchie zur spanischen Republik vorausgegangen. Nach zweieinhalb Jahren bringen die Novemberwahlen 1933 einen Rechtskurs. Die Kleinbürger sind von der Republik enttäuscht und wenden sich den konterrevolutionären Kräften zu. Der revolutionäre Oktoberaufstand 1934 endet mit einer Niederlage, aber das allgemeine Wahlrecht bleibt und führt in den Februarwahlen 1936 zu einem grandiosen Sieg der Volksfront.

Es genügt, sich an diese Daten zu erinnern, um den Charakter des spanischen Bürgerkrieges zu erkennen. Er ist eine Phase in einem ungeheuren Umwälzungsprozeß. Er kennzeichnet zugleich die Epoche, in der wir leben. Mag sein unmittelbarer Ausgang sein, wie immer es sei, dieser Prozeß ist dadurch nicht abgeschlossen. Er wird weitergehen, bis sich der juristische Ueberbau der Gesellschaft den veränderten Produktionsverhältnissen angepaßt haben wird. Und das kann Jahre, es kann Jahrzehnte dauern.

In das Jahr 1936 fällt die Beendigung des italienisch-abessinischen Krieges. Italiens Imperialismus siegt, der Völkerbund kapituliert und büßt den letzten Rest seines moralischen Kredites ein.

* Geschrieben Mitte September.

Im Frühjahr 1936 besetzt Hitler das Rheinland. Es kapitulieren vor ihm die Versailler Mächte, und es kapituliert vor ihm der Völkerbund.

Rußland bietet im gleichen Jahr drei bemerkenswerte Ereignisse. Es wird die demokratische Verfassungsreform angekündigt. Es werden durch die Vorverlegung des dienstpflichtigen Alters auf 19 Jahre die militärischen Effektivbestände gewaltig erhöht. Es läuft der Prozeß der 16 in Moskau, der neben der Erschießung der Angeklagten mit der Liquidation des Bolschewismus alten Schlages endigt.

Hitler läßt sich die Gelegenheit nicht entgehen, die militärische Dienstzeit seiner Sklaven auf zwei Jahre zu erhöhen. So gespannt und so ereignisreich sind die Tage, daß sich gegenüber diesem neuen Gewaltstreich niemand mehr auf den Bruch internationaler Verträge beruft.

In Frankreich bringen die Maiwahlen 1936 den imposanten Sieg der Volksfront. Die Streikbewegungen führen rasch zu positiven Erfolgen auf dem Gebiet der Lohnfrage, der Arbeitszeit und der Ferien. Aber schon werfen erhöhte Lebenshaltungskosten ihre Schatten voraus und drohen die eben erzielten Erfolge illusorisch zu machen.

Das Jahr 1936 steigert in allen Ländern einen tollen, nie erlebten Rüstungswettlauf. Alle Staaten, auch die kleinsten, werden in den Wirbel hineingerissen. Gleichzeitig teilt der spanische Bürgerkrieg die Staaten in zwei ungleiche Lager. Die faschistischen Mächte stellen sich offen auf die Seite der spanischen Rebellen, die demokratischen Großmächte — mit Sowjetrußland an der Seite — proklamieren ihre Neutralität.

Auf den Neben Bühnen des Welttheaters vollziehen sich nicht minder wichtige Ereignisse. Palästina bildet seit Monaten einen Brandherd. Man erkennt in ihm unschwer die Rückwirkungen des abessinischen Krieges. Es handelt sich um eine zweifache Bedrohung. Italien will durch die unruhig gewordenen Araber England in Schach halten, gleichzeitig droht bei der schwarzen Rasse eine dauernde Aufstandsbewegung, zunächst im Dienste faschistischer Interessen, später vielleicht auch gegen diese selbst sich richtend.

Im Fernen Osten nehmen die Ereignisse ihren Lauf. China steht im permanenten Aufruhr; Japan und Rußland streiten sich um Einflußsphären und Beute, und nur die gleichwertige Rüstung und die innern Verhältnisse der Sowjetunion haben bisher den offenen Krieg verhindert.

In Europa erhebt sich die Türkei gegen die Friedensverträge. Die Meerengenfrage wird in Montreux gegen England und im Interesse des französisch-russischen Blocks »gelöst«. Polen entfernt sich von Deutschland, nähert sich um den Preis eines Rüstungskredites von zwei Milliarden Franzosenfranken der französischen Republik und wird so im Kreis der französisch-russischen Allianz ein geringerer Gefahrenherd. Wenigstens für den Augenblick.

Der Balkan bewahrt seinen alten Ruf. Griechenland proklamiert ein neues Mal die Diktatur. Rumänien entwickelt sich zum Faschismus und schiffte seinen hervorragenden liberalen Vertreter Titulescu ohne Federlesen aus. Jugoslawien bleibt eine Sphinx, dessen internationale

Orientierung zwischen den faschistischen und den demokratischen Staaten schwankt.

Oesterreich hat, die italienische Faust im Nacken, seinen Frieden mit Hitler gemacht. Es ist jetzt mit Ungarn zusammen Scheidemünze in der Hand der beiden faschistischen Diktatoren. Die geographische Brücke zwischen diesen faschistischen Staaten ist geschlagen und via Ungarn zugleich ein Verbindungstollen nach dem Balkan vorgetrieben.

In Belgien endlich bringt das Jahr 1936 einen gefährlichen Vorstoß der Rexisten, so daß auch dort ernste Ereignisse sich vorbereiten.

II.

Diesem ungeheuren Umwälzungsprozeß hatte schon der Weltkrieg Ausdruck verliehen. Weit entfernt, ihn abzuschließen, komplizierte und verwirrte er ihn. Versailles sollte Ausgangspunkt eines Dauerfriedens werden, nachdem die Welt neu aufgeteilt worden war. Heute aber sind alle Grundlagen ins Wanken gekommen, neue Formationen und Gebilde entstanden, die im vollen Fluß der Entwicklung stehen.

Ideologisch stehen sich scheinbar zwei scharf getrennte Gruppen gegenüber: *Faschismus und Antifaschismus*. Mitten durch Europa hindurch, vom Mittelmeer bis zur Nordsee zieht sich heute ein mächtiger faschistischer Balken. Ein antifaschistischer Block ruht auf den Pfeilern der französisch-russischen Allianz, wobei Englands Haltung infolge seiner widerspruchsvollen imperialistischen Interessen unklar ist und kleinere Staaten hüben oder drüben Anlehnung suchen.

Indes ist die Problemstellung Faschismus – Antifaschismus im Lichte der internationalen Gruppierung ebenso falsch wie die Gegenüberstellung von *Faschismus und Demokratie*. Man braucht sich nur Rechenschaft zu geben, wer im demokratischen Lager steht. Neben dem demokratischen Frankreich und dem demokratischen England finden wir als Partner die Sowjetunion, deren ganzer Staatsaufbau alles andere eher als demokratisch ist. Die Kleine Entente gehört mit in den Ring, aber niemand wird behaupten wollen, daß Rumänien oder Jugoslawien demokratisch sei. Man preßt die Weltgeschichte nicht in Schablonen. Man kann heute weniger denn je die Epoche nach Schlagworten beurteilen. Die sogenannten einfachen Lösungen versagen vor den verwirrenden Tatsachen und Zusammenhängen.

In diesem Wirrwarr von Erscheinungen gibt es eine Macht mit einheitlicher Ideologie: *die römische Kirche*. Ihre Einstellung ist allgemein pro-faschistisch, auch wenn es eine Zeitlang den Anschein machte, als ob sich die römische Kirche gegen den Hitlerfaschismus auflehnen würde. Die Grundhaltung ist das Streben nach der möglichst völligen Beherrschung der Völker durch die kirchliche Hierarchie und die Beeinflussung der außerhalb der römischen Kirche stehenden Staaten und ihrer Diplomatie durch die gemeinsamen Interessen des Schutzes des kapitalistischen Eigentums. Es sind viel weniger Religion und die Moral, als die beiden genannten Faktoren, die für die Weltpolitik der römischen Kirche bestimmend sind. Abessinien, das vom Vatikan

schmählich preisgegeben wurde, trotzdem es sich um ein katholisches Land handelte, ist ein Schulbeispiel für die wirklichen Ziele Roms.

Die neueste Wendung in der Weltpolitik der aktuellen Gegenwart ist das Wiederaufleben des *Anti-Bolschewismus*. Der Anti-Bolschewismus ist an sich keine neue Erscheinung, aber er hatte früher eine andere Bedeutung. Der Stellungswechsel der russischen Außenpolitik hat diese Wandlung hervorgerufen. Der Anti-Bolschewismus ist jetzt nicht mehr nur haßerfüllte Abneigung und Feindschaft gegen den Kommunismus und Sozialismus. Nachdem Sowjetrußland seine Außenpolitik umstellte, mit der bürgerlichen Demokratie seinen Frieden ebenso machte wie mit einzelnen diktatorisch beherrschten kapitalistischen Staaten, ist es zu einem wichtigen Faktor im Spiel der Weltdiplomatie geworden. Diese Rolle wird gewissen Mächtegruppierungen gefährlicher als die im Innern Rußlands sich vollziehende wirtschaftliche und politische Entwicklung und verschafft ihm zugleich einen bestimmenden weltpolitischen Einfluß. Mit seiner riesenhaften Armee im Rücken und den reichen Rohstoff- und Lebensmittelquellen ist Rußland eine Macht geworden, die für das Schicksal der Welt heute eine viel größere Bedeutung erhalten hat als zur Zeit, da es die Karte seiner ganzen Außenpolitik ausschließlich auf die unmittelbar bevorstehende Weltrevolution setzte. Aus diesem Grunde erlangt das Schlagwort des Anti-Bolschewismus heute einen andern und tiefern Sinn. Es ist jetzt das Sammelgeschrei einer neuen Dreieinigkeit: des Faschismus, des Kapitals und der Kirche. Im Zeichen dieser Dreieinigkeit dürfte sich in Deutschland zwischen dem Faschismus und der Kirche eine Verständigung vollziehen. In diesem Zeichen finden sich die faschistischen Staaten in ihrer Stellungnahme zum spanischen Bürgerkrieg, und nicht zuletzt aus dieser Erscheinung erklärt sich die englische Haltung zu ihm.

Man darf freilich auch hier nicht schablonenhaft urteilen. Auch das Schlagwort des Anti-Bolschewismus genügt zur Wertung der Dinge nicht. Die *imperialistischen Gegensätze* stören die geradlinige Scheidung. So steht England in einem scharfen Gegensatz zu Italien wegen der Mittelmeerinteressen. Aus dem gleichen Grunde laviert es in der deutschen Frage und sucht Deutschland von Italien zu trennen. Anderseits laufen in der spanischen Frage die Interessen Deutschlands und Italiens aus kolonialen Gründen parallel. Wie auf dem Festland die faschistische Großraumpolitik zu einer Verständigung über das Donauproblem führte, so treffen sich die beiden Interessen im Streben nach Kolonien. Die spanischen Kolonien als Beute, ein faschistisches Spanien als weiteres Glied des faschistischen Weltblocks — diese Perspektive lockt und wäre geeignet, zugleich Frankreichs Weltmacht zu dezimieren, die italienischen Machtansprüche in Afrika zu realisieren und dadurch auch Englands Weltvorherrschaft zu erschüttern.

So ist im letzten Grunde die internationale Lage nur auf der Basis der *imperialistischen Interessen* zu entwirren. Die Grundlage des Imperialismus ist das Profitstreben, der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Dieser Gegensatz hat zum letzten Weltkrieg geführt. Es ging damals wie heute um den Kampf für die Märkte. Das Problem konnte

unter der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Eigentumsbegriffes nicht gelöst werden. Dafür aber entstand die allgemeine Wirtschaftskrise, die ungeheure Verarmung, die Massenarbeitslosigkeit, kurz, jener wahnsinnige Widerspruch, daß bei einer riesig entfalteten Ausdehnung und Verfeinerung des Produktionsapparates, bei quellendem Ueberfluß an Waren die Menschen Mangel leiden und Hungers zugrunde gehen. Letzten Endes führt dieser Widerspruch zwangsläufig zu einer entscheidenden geschichtlichen Auseinandersetzung über die Wirtschafts- und Eigentumsform, zu der letzten Entscheidung zwischen Kapitalismus und Sozialismus.

Es handelt sich hier um einen *geschichtlichen Prozeß*, dem man im Wesen, nicht aber in der Größenordnung die historische Umwälzung im 17. und 18. und im Anfang des 19. Jahrhunderts an die Seite stellen darf. Dieser Prozeß wird von langer Dauer sein und wechselnde Konstellationen aufweisen. Sieg und Niederlage werden seinen Ablauf kennzeichnen. Der Faschismus selbst, als vermeintlicher Schutzgott des bürgerlichen Privateigentums, wird — wie jetzt in Italien — zur Expropriation der Kapitalisten greifen, wenn es ihm not tut, denn im tiefsten Grunde entscheidet nicht das Ausgangsprinzip der faschistischen Machthaber, wohl aber die ökonomische und gesellschaftliche Gesetzmäßigkeit, deren Mühlen langsam, aber um so sicherer mahlen.

III.

In dieser geschichtlichen Perspektive haben wir von der Schweiz aus die internationale Lage zu sehen und zu beurteilen. Wir haben uns zu hüten, uns nach Schablonen, Schlagworten oder Augenblickskonstellationen zu richten. Schon der hier gegebene kurze Ueberblick zeigt den raschen Verlauf der Ereignisse, ihre ungeheuer rasche Folge. Von heute auf morgen wechselt die Lage, von heute auf morgen geht die Wertungsgrundlage verloren, wenn man sich nur an den Augenblick, nur an die Tageserscheinung klammert. Dann mag es passieren, daß plötzliche Ernüchterung eintritt und man mit den frühern Urteilen nichts mehr anzufangen weiß.

Wer hätte vor wenigen Wochen noch mit der Möglichkeit eines *30. Juni in Moskau* gerechnet? Wer hätte es für möglich gehalten, daß die geistigen Träger der bolschewistischen Revolution, die ältesten Vertreter des Bolschewismus, ohne Augenzwinkern an die Wand gestellt würden? Und wie groß ist heute noch das Rätselraten um die Motive, um die Erklärung des furchtbaren Geschehnisses, trotzdem die Lösung klar genug in den Bedürfnissen der russischen Außenpolitik liegt? In der Tat: wenn Sowjetrußland im Zusammengehen mit kapitalistischen Staaten seine Weltpolitik führen will, kann es das nicht tun, indem es gleichzeitig die Brandfackel der Revolution gegen eben diese Staaten erhebt. Es wird zwar nicht auf die Weltrevolution verzichten, aber es wird sie vor den Notwendigkeiten seiner nationalen Bedürfnisse des Augenblicks in den zweiten Rang stellen und diesen Notwendigkeiten selbst alte Bolschewiken wie Sinowjew und Kamenew opfern. Um sich bei den Mächten, die es heute im Interesse seiner nationalen Politik

nötig hat, ein Alibi zu verschaffen, braucht es eine deutliche Beweisführung, und diese Beweisführung gaben die Schüsse von Moskau.

Was wird in *Frankreich* werden? Wer noch am schweizerischen Parteitag in Zürich, bei aller Bewunderung für den grandiosen Sieg der französischen Volksfront, Zweifel in den geradlinigen Ablauf der weiteren Entwicklung hegte, konnte leicht in den Verdacht der Ketzerei kommen. Es gab viele, die hinter dem Tag die Woche nicht sahen. Heute erleben wir, daß die Kommunisten sachte von der Volksfront wegzukommen und zur nationalistischen Franzosenfront, in der die äußerste Rechte steht, hinüber zu gelangen suchen. Léon Blum, vor wenigen Wochen der vergötterte Held der Volksfront, muß sich heute schon mancherlei Dinge gefallen lassen, nur weil er als revolutionärer Staatsmann und als leidenschaftlicher Freund des Weltfriedens über den Tag hinausblickt, die Interessen Frankreichs und seiner Arbeiterklasse auch noch vor sich sieht, wenn der spanische Bürgerkrieg die gegenwärtige Phase abgeschlossen hat. Auch in Frankreich können sich die Dinge mit raschem Lauf ändern, wirtschaftlich, innerpolitisch und außenpolitisch. Man darf darum auch für die Beurteilung der französischen Frage als Ausgangspunkt nicht eine Augenblickserscheinung, eine momentane Konstellation oder eine Gefühlssituation nehmen, wenn man Enttäuschungen und peinlichen Ernüchterungen aus dem Wege gehen will. Zurückhaltung im Urteil und Maßstäbe von mehr als Tages-sicht werden den Interessen der schweizerischen Arbeiterschaft mehr nützen als aufgeputzte Gefühlswertungen, deren Grundlage morgen schon verschwunden sein kann.

Das gilt auch in der *Neutralitätsfrage der Schweiz* gegenüber dem spanischen Bürgerkrieg. Man wird stets zu unterscheiden haben zwischen dem Staat und dem einzelnen Bürger, zwischen der Politik des Staates und der Politik des einzelnen Bürgers oder Gruppen von solchen, zwischen den Gefühlen des Bürgers und der Rason des Staates. Was der einzelne tun kann, kann oft der Staat nicht tun, und umgekehrt.

Die Schweiz spielt in dem ablaufenden weltgeschichtlichen Prozeß eine bescheidene Rolle. Ihre Bevölkerungszahl ist nicht von Bedeutung. Die geographische Lage läßt ihr keinen großen Spielraum. Die Schweiz ist im Grunde genommen Objekt, nicht Subjekt der Weltpolitik.

Noch vor einem Jahrhundert war das anders. Damals herrschte die Kleinstaaterei. Die Interessen im Kampf gegen die Stickluft des Polizeistaates waren in den europäischen Ländern weitgehend übereinstimmend. Die Schweiz war damals ein Vorposten der revolutionären Freiheit, wie sie die aufkommende Bourgeoisie verstand. Diese Lage hat sich heute gründlich geändert. Europa ist nicht nur überzogen von der faschistischen Reaktion. Die nationalen Machtverhältnisse sind andere geworden. Außerhalb der Arbeiterklasse ist das Streben offen oder verhüllt auf die Diktatur, nicht auf die Freiheit gerichtet, und in den faschistischen Staaten ist die Arbeiterklasse entrechtet und kampfunfähig.

An diese veränderte Lage hat man zu denken, wenn man die außenpolitische Rolle und mehr noch die außenpolitischen *Möglichkeiten*

der Schweiz beurteilen will. *Die Schweiz muß als Demokratie auch dann weiter bestehen, wenn die Konstellationen in Spanien oder in Frankreich gewechselt haben.* In welchem Sinne sie wechseln werden, kann heute kein Mensch vorhersagen. Auch die Außenpolitik der Schweiz — und sie erst recht — kann sich nicht von Gefühlsstimmungen leiten lassen. Auch die Schweiz muß bei ihrer prekären außenpolitischen Lage, inmitten einer Umklammerung von drei faschistischen Staaten, über den Tag hinaussehen und an das Morgen denken.

Kann man, von solchen Erwägungen ausgehend, die Neutralitätspolitik des Staates in der spanischen Frage verstehen, zumal selbst Sowjetrußland als Staat der gleichen Politik huldigt, so ist es ein anderes mit der vom Staat befohlenen individuellen *Neutralität des Bürgers*. Diese Neutralität steht hart an der Grenze des Gesinnungs-terrors und hat mit der staatlichen Neutralität nichts zu tun. Es wird hier ein neues, Herrn Motta vorbehaltenes Element in die schweizerische Politik hineingetragen, das dem Land und dem Volk eines Tages in gleicher Weise verhängnisvoll werden könnte. Wenn der Bundesrat die individuelle Neutralität des Bürgers gegenüber dem spanischen Bürgerkrieg befiehlt, warum sollte in einem andern Falle — und es braucht nicht einmal ein Bürgerkrieg zu sein — ein anderer Staat nicht vom Bundesrat unter Zwang verlangen, was er jetzt im spanischen Bürgerkrieg getan hat? Es ist kein Trost, daß wiederum Sowjetrußland in der Angelegenheit Trotzki gegenüber der norwegischen Arbeiterregierung einen gefährlichen Schritt in solcher Richtung unternommen hat. Darum hat die Arbeiterschaft vollständig recht, wenn sie sich gegen diesen Anfang wehrt, Protest erhebt gegen die Versammlungszensur und gegen die unnötige, durch keine Staatsräson gerechtfertigte Schmälerung des Rechts der freien Meinungsäußerung. Sie tut das nicht nur für sich, sie tut es im Interesse des Landes selbst.

Nicht minder schlimm als der Befehl individueller Neutralität ist die Einführung des Begriffes der *Majestätsbeleidigung* durch den Bundesrat. Stark wollte sich der Bundesrat zeigen durch die Verfolgung kommunistischer und einer sozialdemokratischen Zeitung. In Wirklichkeit bewies er dadurch eine blamable Schwäche, die ihre Erklärung nur aus dem allgemeinen Vertrauensschwund findet, den die Politik des Bundesrates jeden Tag mehr steigert.

In dieser Lage dient ihm der Neutralitätsbefehl an die Bürger und die Verfolgung von oppositionellen Blättern als ein Ablenkungsmanöver. Die Folgen der Deflationspolitik sind immer verhängnisvoller und drohen das Land wirtschaftlich dem Ruin entgegenzuführen. Die Unzufriedenheit greift weit über die Kreise der Arbeitslosen und der Arbeiter hinaus. Die differenzierte Anpassungspolitik beruht in einer Steigerung der Lebensmittelpreise, um die Bauern politisch warm zu halten, während Löhne und Einkommen verschlechtert werden. Um die Kritik zu mildern, werden jetzt endlich für die Bedürfnisse der Exportindustrie neue Millionen ausgeworfen, aber der Hotellerie, dem Gewerbe und dem Verkehr ist dadurch nicht geholfen. Die Lage spitzt sich wirtschaftlich immer mehr zu, und man beginnt wieder von Teil-

moratorien zu reden, trotz der Geldflüssigkeit und trotz der Senkung des offiziellen Diskontsatzes.

In dieser Situation sucht der Bundesrat den politischen Zusammenschluß des Bürgertums. Mit seiner Wirtschaftspolitik erreicht er das Gegenteil. Also ist ihm der spanische Bürgerkrieg gerade gut genug, um mit Bolschewistenschreck und Greuelpropaganda die Aufmerksamkeit von dem Fiasko seiner Wirtschaftspolitik abzulenken und auf Kosten der lohnarbeitenden Schichten eine politische Einheitsfront des Bürgertums zu erzielen.

Dieses Spiel gilt es zu entlarven und zu durchkreuzen. Es handelt sich jetzt um Anfänge, *morgen kann es um mehr gehen*. Die europäische Reaktion wächst, und in ihrem Schatten glaubt der Bundesrat, leichter Pläne verwirklichen zu können, die bis jetzt an der Wachsamkeit der freiheitlichen Elemente gescheitert sind.

Dieses Spiel kann man aber nicht durchkreuzen, ohne daß man einige Binsenwahrheiten ausspricht, die in erster Linie auch für die Arbeiterschaft gelten. Die Kräfteverhältnisse in der Schweiz sind so, daß keine wirtschaftliche Schicht und keine politische Partei allein den Staat beherrschen kann. Weder die Bauern noch die Industrie, weder das Gewerbe noch die Lohnarbeiter. Aber es kann einzelnen dieser Schichten gelingen, den maßgebenden Einfluß auf die Staatspolitik zu gewinnen, wenn sich die wirtschaftlichen Verhältnisse weiterhin verschlechtern, das Vertrauen in die Kraft des Landes weiter schwindet und so eine psychologische Massenstimmung entsteht, bei der das Verständnis für die Demokratie und Freiheit ob der grauen Sorge des Alltags verlorengeht. Diese Gefahr ist nicht gering. Man braucht nur bei den Arbeitslosen herum zu hören, die Stimmung in Gewerbekreisen zu erforschen.

Um dieser Gefahr vorzubeugen, um zu verhindern, daß die Demagogie von oben das Elend von unten zu politischen Zwecken mißbraucht, bedarf es einer Verständigung aller jener Schichten, die unter den Folgen der Krise immer tiefer in die Not geraten und die willens sind, für eine konstruktive Aufbaupolitik des Landes zu arbeiten. Diese Verständigung hat weder mit der Einheitsfront, deren Spuk nach den Moskauer Schüssen wohl endgültig erledigt sein dürfte, noch mit der Volksfront etwas zu tun. Es handelt sich hier um eine schweizerische, ich möchte sagen *um die schweizerische Aufgabe der Stunde*, die im Innern die Ueberwindung der Krisennot und nach außen den festen Zusammenschluß gegen alle Gefahr erlaubt.

Ich halte die Lösung dieser Aufgabe auch heute noch, trotz der provozierenden Politik des Bundesrates, für möglich, aber die Arbeiterschaft, die Sozialdemokratische Partei und insbesondere ihre Presse müssen selber die Voraussetzungen für diese Lösung schaffen. Es handelt sich jetzt um keine unmittelbare sozialistische Aufgabe, *es handelt sich ganz einfach um Sein oder Nichtsein der schweizerischen Demokratie, ohne die auch die Arbeiterschaft als selbständige, freiheitliche Bewegung nicht sein wird*.

Zu diesen zu schaffenden Voraussetzungen gehört gegenseitiges Ver-

trauen. Dieses Vertrauen muß erworben werden. Das geschieht nicht mit Schlagworten, nicht mit Vertröstungen auf die Zukunft, das geschieht nur durch das offene Bekenntnis zur schweizerischen Demokratie und zum eindeutigen Willen für ihre Verteidigung. Die Kreise, mit denen zusammen die Arbeiterschaft der Schweiz eine konstruktive Wirtschaftspolitik aufbauen kann, bestehen nicht aus Sozialisten. Sie verstehen nichts von der subtilen Unterscheidung zwischen bürgerlicher und sozialistischer Landesverteidigung. Sie verstehen nur, daß der Kampf, der wirkliche Kampf gegen den Faschismus den Willen zur Verteidigung der Demokratie voraussetzt, daß, wer diesen Willen nicht aufbringt, auch den Faschismus nicht bekämpfen kann. Sie verstehen nur, daß man die Landesverteidigung nicht theoretisch bejahen und praktisch ablehnen kann. Die Zeit für solche Unterscheidungen ist vorbei. Solange in diesem Punkt nicht eindeutige Klarheit besteht, werden alle Hoffnungen auf eine Verständigung mit jenen Schichten, die keine für sich allein, aber alle zusammen imstande sind, Wirtschaft und Demokratie zu retten, scheitern.

Wer diesen Willen hat, muß die schweizerischen Interessen in den Vordergrund stellen. Er wird sich darum hüten, von außenpolitischen Ereignissen ausgehend schweizerische Politik machen zu wollen. Er wird es vermeiden, momentane internationale Konstellationen gefühlsmäßig zu werten, ohne sie verstandesmäßig zu überprüfen. Er wird sie auch nicht als Ausgangspunkt für innerpolitische Aktionen nehmen. Diese Wahrung der schweizerischen Belange hindert in keiner Weise die leidenschaftliche Anteilnahme an den historischen Vorgängen im Auslande, *aber sie schützt uns vor einer abenteuerlichen Politik, bei der es letzten Endes um die Existenz der schweizerischen Arbeiterbewegung geht.*

Ministerpräsident Stolypin

Von Valentin G i t e r m a n n.

Der letzte zaristische Staatsmann von welthistorischem Format, welcher noch ernsthaft versucht hat, Rußland »vor dem Bolschewismus zu retten«, die russische Gesellschaft gegen die drohende soziale Revolution zu immunisieren, war Peter Arkadjewitsch Stolypin, Regierungschef und Innenminister von 1906 bis 1911. Seit der Ermordung dieses hervorragenden Dieners der Reaktion sind 25 Jahre verflossen, und es dürfte heute deshalb schon möglich sein, Stolypins politisches Lebenswerk als sinngemäß notwendiges Glied eines größeren geschichtlichen Zusammenhanges objektiv zu würdigen.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts erreichte die russische Industrie, ungeachtet ihrer Rückständigkeit, eine Entwicklungsstufe, in der das Industriekapital die Institution der bäuerlichen *Leibeigenschaft* bereits als *hemmende Fessel* empfinden mußte. Solange die Bauern Objekt feudaler Ausbeutung blieben, konnten sie nicht Objekt kapitalistischer Ausbeutung werden. Die Industrie mußte wünschen, daß ein erheb-